

„Die UNO auf den Marktplätzen der Republik!“

In Ecuador, dem weltweit größten Bananenexportland, gehört aufgrund massiver Repressalien nur ein Prozent der 350.000 BananenarbeiterInnen einer Gewerkschaft an. Vor allem der Noboa-Konzern (u.a. Handelsmarke Bonita), der 40% der ecuadorianischen Bananenwirtschaft beherrscht, macht regelmäßig durch fristlose Entlassung von GewerkschafterInnen auf sich aufmerksam. Die deutsche Fairhandelsorganisation BanaFair hat dazu bereits wiederholt solidarische Briefaktionen initiiert.

Konkreter Anlass für die Aktion „Die UNO auf den Marktplätzen der Republik!“:

Neben vielen anderen Bananen produzierenden Staaten hat auch Ecuador den 1966 verabschiedeten Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte unterzeichnet. Im Mai 2004 hat die ecuadorianische Regierung turnusmäßig vor dem entsprechenden Überwachungsausschuss in Genf einen offiziellen Staatenbericht vorzutragen. Sie muss darin Rechenschaft ablegen über die Verwirklichung der genannten Menschenrechte in ihrem Land. Da aber Regierungen gewöhnlich eine ziemlich einseitige Sicht der Dinge vorbringen oder der Berichtspflicht überhaupt nicht nachkommen, ist die UNO sehr an einer engen Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen interessiert.

So hat BanaFair gemeinsam mit der ecuadorianischen Landarbeitergewerkschaft FENACLE und der Partnerorganisationen FIAN einen Parallelbericht zur menschenrechtlichen Situation in Ecuador erstellt. Auch die verweigerte Gewerkschaftsfreiheit auf den Bananenplantagen wird darin thematisiert. Wenn nämlich entlassene GewerkschafterInnen und zu Hungerlöhnen beschäftigte BananenarbeiterInnen nicht in der Lage sind, ihre Familien angemessen zu ernähren, oder noch schlimmer, wenn Menschen aufgrund von Pestizidanwendung auf der Bananenplantage nach einigen Jahren krank und arbeitsunfähig werden, dann liegt eine klare Menschenrechtsverletzung vor. Laut dem UN-Pakt sind die Regierungen eigentlich verpflichtet, ArbeiterInnen vor Übergriffen durch Dritte (hier also Bananenkonzerne) zu bewahren.

Machen auch Sie mit und tragen Sie die Forderungen des Parallelberichtes von der UNO direkt in die bundesdeutsche Öffentlichkeit! Die lokalen gewerkschaftlichen Kundgebungen zum Ersten Mai bieten Ihnen ein ideales, hellhöriges Forum! Anschließend können Sie bis 30. Juni weitere Unterschriften sammeln!!!

Übersetzung der Protestbotschaft an Lucio Gutiérrez, Präsident der Republik Ecuador:

Sehr geehrter Herr Präsident,
anlässlich des Berichts Ihrer Regierung vor dem UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Genf wenden wir uns an Sie und bekräftigen die von FENACLE im Parallelbericht präsentierten Forderungen:

- ☞ dass in Ecuador die Subunternehmen verschwinden, da sie einer Ausbeutung der BananenarbeiterInnen durch „Dritte“ Vorschub leisten [weil Konzerne sich einer direkten Verantwortung für Arbeitsrechtsverstöße entziehen!].
- ☞ dass Unternehmen die in der ecuadorianischen Verfassung und Arbeitsgesetzgebung verbrieften Rechte auf freie gewerkschaftliche Organisation und Kollektivverhandlungen respektieren.
- ☞ dass die Einrichtung einer betrieblichen Gewerkschaft schon ab 15 Beschäftigten (wie vor der Gesetzesreform) und nicht erst ab 30 Beschäftigten (wie im Augenblick) möglich ist.
- ☞ dass die ecuadorianische Regierung tatsächlich gegen die Korruption im Arbeitsministerium vorgeht.
- ☞ dass die Gewerkschaften in alle arbeitsrechtsrelevanten Institutionen eingebunden und ihre Vorschläge nicht nur angehört, sondern auch umgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen...

